

Deutschland weltwirtschaftliche Verpflichtungen 1919–1931: Historische Einführung und Editorischer Bericht

Roman Köster

1. Historische Einführung
 - Die Globalisierung vor 1914 und der Erste Weltkrieg
 - Die Neuordnung der außenwirtschaftlichen Beziehungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit
 - Außenhandel und Reparationen
 - Inflation und Außenhandel
 - Stabilisierung
 - Die „guten Jahre der Weimarer Republik“
 - Weltwirtschaftskrise
2. Gliederung des Editionsbandes

1.) Historische Einführung

Deutschland erlebte während des 19. Jahrhunderts ein erstaunliches wirtschaftliches Wachstum. Insbesondere seit den 1840er Jahren entfaltete sich eine industrielle Dynamik, die sich zunächst in der Textil- und der Schwerindustrie am deutlichsten zeigte, besonders große Erfolge seit den 1880er Jahren dann aber auch in den Branchen der sog. „Zweiten Industriellen Revolution“ erzielen konnte. Insbesondere die Chemie- und Elektroindustrie wurden zunehmend zu wichtigen Exportbranchen, wie überhaupt das Deutsche Reich intensiv an der Globalisierung vor dem Ersten Weltkrieg partizipierte. Auch wenn die Hauptabsatzmärkte weiterhin in Europa lagen, so wurden deutsche Güter doch beinahe auf der ganzen Welt gehandelt. Deutsche Handelshäuser waren in Ostasien genauso präsent wie in Lateinamerika und Investitionen global weit gestreut.

¹Der Erste Weltkrieg zerriss diese Beziehungen. Durch die Kampfhandlungen, den Abbruch der Handelsbeziehungen zu den Kriegsgegnern und die alliierte Blockade war Deutschland weitgehend von der Weltwirtschaft abgeschnitten. Der Goldstandard, der bis dahin Geldwertstabilität und feste Wechselkurse im Handel garantiert hatte, wurde ausgesetzt. Über mehr als vier Jahre war die Wirtschaft, in den Worten von Major Koeth, allein darauf ausgerichtet, einen Krieg zu gewinnen – den die Deutschen am Ende jedoch verloren.² Die Folgen dieser Niederlage prägten die wirtschaftliche Situation während der gesamten 1920er Jahre und führten zu einer kaum überschaubaren Anzahl von Konferenzen, auf denen Probleme der Reparationen, der interalliierten Schulden, der Handelsbeziehungen, der internationalen Kreditbeziehungen, Fragen der Gebietsaufteilung bzw. –abtretung, der Abrüstung diskutiert und verhandelt wurden.

Die politische Regelung der Kriegsfolgen betraf zunächst insbesondere die Frage der Reparationen, aber beispielsweise auch das während des Krieges beschlagnahmte Eigentum. Darüber stellte sich aber noch viel grundsätzlicher die Frage, wie Deutschland wieder in die Weltwirtschaft integriert werden konnte. Zahllose Märkte waren während des Krieges verloren gegangen und zugleich hatte das Land mit dem Versailler Vertrag – auf Zeit – seine handelspolitische Souveränität aufgeben müssen. Zudem war die deutsche Konkurrenz gerade von den Kriegsgegnern gefürchtet. Das inhaltlich durchaus überzeugende Argument, dass nur über Exportüberschüsse das Geld verdient werden konnte, um die Reparationen zu bezahlen, führte kaum jemals zu Maßnahmen, die Zölle zu senken oder den deutschen Handel anderweitig zu erleichtern.

1 Ronald Findlay, Kevin H. O'Rourke, *Power and Plenty. Trade, War, and the World Economy in the Second Millennium*, Princeton 2009, S. 365-426; Moritz Schularick, *Finanzielle Globalisierung in historischer Perspektive. Kapitalflüsse von Reich nach Arm, Investitionsrisiken und globale öffentliche Güter*, Tübingen 2006.

2 Gerald D. Feldman, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918*, Berlin/Bonn 1985, S. 410 f.

Als wäre die Lage nicht schon kompliziert genug gewesen, schuf die fortschreitende Geldentwertung noch ein zusätzliches Element, das die Handelsbeziehungen verkomplizierte und die politischen Positionen verhärtete. Sie wirkte als eine Exportprämie, gegen die sich wiederum andere Länder mit entsprechenden Schutzzöllen wehrten. Zudem war Deutschland längst nicht das einzige Land, das während der 1920er Jahre mit einer ausgeprägten Geldentwertung zu kämpfen hatte. Die internationalen Handelsbeziehungen waren folglich mit starken Verzerrungen und Unsicherheiten konfrontiert. Die Regelung der politischen Nachkriegsfolgen und die Stabilisierung der wirtschaftlichen Beziehungen erwiesen sich als zunehmend miteinander verknüpft. Der Dawes-Plan von 1924 regelte insofern nicht nur die Reparationszahlungen und schuf einen institutionellen Rahmen für eine stabile Währung, sondern bildete aber auch den Startschuss für eine handelspolitische Liberalisierung, welche die Jahre vor der Weltwirtschaftskrise kennzeichnete.

Tatsächlich waren Versuche der Handelsliberalisierung und der nationalen und internationalen Kartellbildung wichtige Tendenzen der zweiten Hälfte der 1920er Jahre. Die 1927 von dem französischen Politiker Louis Loucheur initiierte Genfer Weltwirtschaftskonferenz manifestierte den Willen insbesondere der europäischen Länder, die Zölle zu senken und den Handel zu vereinfachen. Mit der Bildung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft 1926 kam es nach langen Verhandlungen sogar zu einer deutsch-französischen Verständigung in der Schwerindustrie. Kartelle und andere Zusammenschlüsse wurden allgemein als sinnvolle Antwort auf die wirtschaftlichen Herausforderungen der Zeit und die chaotischen Nachkriegsjahre wahrgenommen.

Insofern konnte es so scheinen, als ob sich die wirtschaftlichen Verhältnisse langsam normalisierten und Deutschlands Industrie dabei war, ihre wichtige Rolle in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zurückzugewinnen. Dann jedoch veränderte die Weltwirtschaftskrise, die ihren sichtbaren Auftakt mit mehreren desaströsen Handelstagen an der New Yorker Wall Street (24.-29. Oktober 1929) hatte, alles. Die Länder schotteten sich durch hohe Zollschutzmauern voneinander ab, wobei die Vereinigten Staaten mit dem Smoot-Hawley-Tarif vom Juni 1930 eine unrühmliche Vorreiterrolle einnahmen. Die internationalen Finanzbeziehungen wurden zunehmend volatil und der während der 1920er Jahre eingeführte Golddevisenstandard erwies sich als ein krisenverschärfender Faktor. Für Deutschland stellte das eine besonders große Herausforderung dar, zumal die Reparationszahlungen trotz der Krise weiterhin gezahlt werden mussten. Spätestens mit der Bankenkrise ab Juli 1931 und der anschließend eingeführten Devisenzwangswirtschaft wurden die deutschen weltwirtschaftlichen Verflechtungen auf eine harte Probe gestellt. Das geschah also schon bevor mit Großbritanniens Abgang vom Goldstandard am 20./21. September 1931 die weltwirtschaftliche Desintegration einen entscheidenden Schub bekam.³

Die hier präsentierte Quellenedition dokumentiert und beleuchtet verschiedene Aspekte der außenwirtschaftlichen Beziehungen und der Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg. Dokumentiert wird dabei die politische Regelung der Kriegsfolgen, die für die internationale wirtschaftliche Integration Deutschland von großer Bedeutung war. Das gilt jedoch im selben Maße für die Inflation und ihre handelspolitischen Folgen sowie die folgenden Stabilisierungen und die (relative) Liberalisierung der Handelsbeziehungen während der zweiten Hälfte der 1920er Jahre. Dabei sollen unterschiedliche Akteursgruppen zu Wort kommen: Einerseits soll die Verhandlung und Beobachtung der genannten Problemkomplexe aus Sicht der Wirtschaftspolitik dokumentiert werden. Andererseits wird auch die Perspektive von Unternehmen, Wirtschaftspraktikern und Arbeitnehmern abgebildet. Zudem sollen in den Quellen die konkreten Auswirkungen der skizzierten Problemkomplexe auf einzelne Handelsgeschäfte fassbar werden.

Die Globalisierung vor 1914 und der Erste Weltkrieg

Eine der bekanntesten Einschätzungen der wirtschaftlichen Dynamik vor dem Ersten Weltkrieg stammt von dem berühmten britischen Ökonomen John Maynard Keynes, der die Möglichkeiten der Globalisierung aus der Perspektive eines britischen Gentlemans beschrieb, der in seinem Bett liegend alle Waren dieser Erde bestellen konnte.⁴ Eine solch euphorische Einschätzung gab die Perspektive eines der großen Globalisierungsgewinners der Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg wieder – nämlich Großbritanniens – während sich der Sachverhalt

3 Robert Boyce: *The Great Interwar Crisis and the Collapse of Globalization*, Basingstoke 2009, S. 314-323.

4 John Maynard Keynes, *The Economic Consequences of the Peace*, London 1920, S. 6.

aus Sicht eines englischen Arbeiters oder russischen Bauern wohl anders dargestellt hätte. Das ändert aber nichts daran, dass in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg ein historisch bis dahin beispielloser Globalisierungsschub stattgefunden hatte.⁵ Dieser äußerte sich u. a. in einem stark steigenden Handelsvolumen und einer zunehmenden Marktintegration. Dazu trugen neue Transport- und Kommunikationsmittel wie Eisenbahn, Dampfschiffahrt und Telegraphie bei, aber etwa auch, dass die bereits industrialisierten Länder eine verstärkte Nachfrage nach Rohstoffen und Fertigwaren entwickelten.⁶

Bezeichnenderweise hatten erfolgreiche Industrieländer wie Großbritannien oder Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg eine dauerhaft negative Handelsbilanz, die sie vor allem über Erträge von Investitionen, überseeischen Besitzungen oder Frachtraten im internationalen Handel finanzieren konnten.⁷ Ökonomische Entwicklungsunterschiede zeichneten aber auch die Struktur des Welthandels aus, der durch das sog. Import-Export-System gekennzeichnet war: Die industriell entwickelten Länder (vor allem Großbritannien, USA, Frankreich, Deutschland) exportierten vor allem Fertigwaren und Kapitalgüter, während die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder vorrangig mit Rohstoffen und Agrargütern handelten.⁸ Das wurde besonders seit den 1930er Jahren als Festschreibung ökonomischer Ungleichheit kritisiert, was wiederum die staatlich geförderte nachholende Industrialisierung (Importsubstitution) legitimierte.⁹ Jedoch war dieses System durchaus geeignet, noch wenig entwickelte Länder in das globale Handelssystem zu integrieren.

Neben der Handelsverflechtung drückte sich der Globalisierungsschub während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in zunehmenden Finanzverflechtungen aus, die Handelsgeschäfte und Investitionen nahezu weltweit ermöglichten. Dieser Globalisierungsschub war überdies, wie Moritz Schularick gezeigt hat, vergleichsweise „gerecht“, weil insbesondere Investitionen global weit gestreut waren. Deutlich gleichmäßiger zumindest, als das nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war, als wirtschaftlich entwickelte Länder vor allem in anderen entwickelten Ländern investierten.¹⁰

Die Basis globaler Finanzbeziehungen war dabei der Goldstandard, der den Geldwert auf ein bestimmtes Goldgewicht fixierte. Die dem Geldwert entsprechende Goldmenge konnte man im Prinzip bei der Zentralbank eines Landes einfordern, die wie die Bank of England 40 Prozent des Werts der umlaufenden Geldmenge in Gold vorrätig haben musste (wobei es unterschiedliche Deckungsvorschriften gab). Zwischen Währungen, die im Goldstandard waren, bestanden insofern feste Wechselkurse. Dieses Währungssystem, das in Großbritannien bereits seit 1817 vorherrschte, setzte seinen globalen Siegeszug seit den 1860er Jahren an. Im Goldstandard zu sein, hatte praktische Vorteile: Es galt als Ausweis eines bestimmten Grades an wirtschaftlicher Entwicklung und des Standes der Zivilisation. Wer Zugang zum größten und attraktivsten globalen Kapitalmarkt haben wollte – der Londoner City – der musste kreditwürdig und dessen Währung musste nach Möglichkeit im Goldstandard sein. Letzterer beschränkte allerdings auch die währungspolitischen Spielräume und wirkte lange Zeit deflationär.¹¹

Paradoxerweise war eine Voraussetzung für diese vergleichsweise harmonische Entwicklung äußerst ungleiche politische Machtverhältnisse. Denn es war nicht zuletzt der politische Imperialismus, der diese Entwicklung absicherte und – mitunter auch exemplarisch – ausfallenden Schuldendienst oder Enteignungen sanktionieren konnte. Ein gutes Beispiel ist dafür die Weigerung Venezuelas im Jahr 1902, seine Schulden am Londoner Finanzmarkt zu bedienen. Als Reaktion tauchten mehrere Kanonenboote vor der Küste des lateinamerikanischen Landes auf, geschickt von den europäischen Gläubigernationen.¹² Der Imperialismus

5 Ronald Findlay, Kevin H. O'Rourke, *Power and Plenty. Trade, War, and the World Economy in the Second Millennium*, Princeton 2009, S. 365-426.

6 Ebd

7 Jan-Otmar Hesse, *Exportweltmeister. Geschichte einer deutschen Obsession*, Berlin 2023, S. 55-74.

8 Findlay, O'Rourke, *Power and Plenty*, S. 411-414.

9 Raul Prebisch, *El desarrollo económico de la América Latina y algunos de sus principales problemas*, Buenos Aires 1949.

10 Schularick, *Finanzielle Globalisierung in historischer Perspektive*.

11 Barry Eichengreen, *Vom Goldstandard zum Euro. Die Geschichte des internationalen Währungssystems*, Berlin 2000; Giulio M. Gallarotti, *The Anatomy of an International Monetary Regime. The Classical Gold Standard, 1880-1914*, New York 1995.

12 Erminio Fonzo, *Italia y el bloqueo naval de Venezuela 1902-1903*, in: *Cultura Latinoamericana. Revista de estudios interculturales* 21 (2015), S. 35-61.

erhöhte insofern die politische Investitionssicherheit und schuf zugleich den Rahmen für ein positives Zukunftsszenario: Denn bei einem friedlichen Wettstreit der wirtschaftlichen Kräfte war davon auszugehen, überall auf der Welt würde es zu einer positiven industriellen Entwicklung kommen.¹³

Allerdings war die Auswirkungen der globalen Arbeitsteilung auch in Europa nicht unumstritten. Zwar kam es insbesondere nach dem Abschluss des Cobden-Chevalier-Handelsvertrags zwischen England und Frankreich 1860 zu einer Handelsliberalisierung und insbesondere Großbritannien verstand sich zunehmend als „Free Trade Nation“. ¹⁴ Doch um die Folgen speziell für die einheimische Landwirtschaft abzumildern hatte sich seit den 1880er Jahren in Europa ein abgestuftes System von Schutzzöllen entwickelt. Deutschland erhob insbesondere mit dem Bülow-Tarif von 1902 zwar erhöhte Agrarzölle, die sich jedoch in einem legitimen Rahmen bewegten. Es existierte ein dichtmaschigen Netz von Handelsverträgen und nichttarifären Handelshemmnissen, die die Globalisierung eher moderierten als effektiv einschränkten.¹⁵

Insofern war die Welt vor 1914 sicherlich keine der „Seligkeit und des großen Glücks“¹⁶, aber es war schwer zu bestreiten, dass sich vor dem Ersten Weltkrieg eine ökonomische Dynamik entfaltet hatte, von der viele Länder auf der Welt profitierten. Nicht zufällig konnte überzeugend argumentiert werden, die industriell entwickelten Länder hätten wirtschaftlich zu viel zu verlieren, als dass sie sich einen langjährigen militärischen Konflikt hätten leisten können.¹⁷ Aber auch in den Ländern, die sich an der „Peripherie“ der Weltwirtschaft befanden, war oftmals ein steigender relativer Wohlstand und eine Zunahme des Güterangebots zu beobachten. So wenig Keynes Londoner Gentleman typisch für die Welt vor 1914 gewesen sein mag: aus der Luft gegriffen war seine Beschreibung einer „glorious epoch of mankind“ offensichtlich nicht.

Der Hinweis auf die positive wirtschaftliche Entwicklung vor 1914 ist wichtig, um zu verstehen, welch gravierenden Einschnitt der Ausbruch des Ersten Weltkrieges bedeutete. Der Konflikt zerriss die Handelsbeziehungen zwischen den kriegsführenden Staaten, was für Deutschland insbesondere hinsichtlich Russlands, woher vor dem Krieg in großem Stile landwirtschaftliche Erzeugnisse importiert worden waren, und hinsichtlich Frankreichs, das den wichtigsten Absatzmarkt für Industriegüter darstellte, einschneidende Auswirkungen hatte.¹⁸ Darüber hinaus wurde das Eigentum der Kriegsgegner häufig gepfändet, was nach dem Krieg langwierige Verhandlungen notwendig machte, und der Patentschutz aufgehoben.¹⁹ Durch die alliierte Blockade, die sich mit dem Kriegseintritt der Amerikaner im April 1917 noch einmal verschärfte, wurden die Mittelmächte wirksam vom internationalen Handel abgeschnitten.²⁰ Die globalen Finanzmärkte existierten in dieser Form nicht mehr und auch der Goldstandard war in seiner „klassischen“ Form mit dem Jahr 1914 Geschichte: In den kriegsführenden Staaten (mit Ausnahme der USA) wurde die Goldeinlösepflicht der Zentralbanken zwar nicht abgeschafft, aber ausgesetzt.²¹

An die Stelle des freien Welthandels trat eine Form der Kriegswirtschaft, die allein auf den militärischen Erfolg ausgerichtet war. Dafür wurde in Deutschland insbesondere in den letzten beiden Kriegsjahren die Wirtschaft zunehmend planwirtschaftlich organisiert und zahllose Betriebe insbesondere aus den Konsumgüterbranchen stillgelegt. Das geschah aufgrund des Mangels an Arbeitskräften, aber auch aufgrund der Knappheit von Roh- und Brennstoffen. Insbesondere der Reichskohlenkommissar wurde gegen Ende des Krieges zum

13 Cornelius Torp, Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914, Göttingen 2005, S. 46-49.

14 John V. Nye, War, Wine, and Taxes. The Political Economy of Anglo-French Trade, 1689-1900, Princeton 2007, S. 3 f., 105-109.

15 Torp, Globalisierung, S. 355-368

16 Knut Borchardt, Die Industrielle Revolution in Deutschland 1750-1914, in: Carlo M. Cipolla (Hg.), Europäische Wirtschaftsgeschichte Bd. 4: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1977, S. 135-202, 166.

17 Jörn Leonhardt, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 73 f.

18 Gerd Hardach, Der Erste Weltkrieg. Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert Bd. 2, München 1973, S. 12 f.

19 Vgl. Stephan Lindner, Das Reichskommissariat für die Behandlung feindlichen Vermögens im Zweiten Weltkrieg. Eine Studie zur Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des nationalsozialistischen Deutschlands, Stuttgart 1991, S. 10-20.

20 Nicholas Mulder, The Economic Weapon. The Rise of Sanctions as a Tool of Modern War, New Haven, London 2022, S. 27-87; Nicholas A. Lambert, Planning Armageddon. British economic warfare and the First World War, Cambridge/Mass. 2012.

21 Hardach, Der Erste Weltkrieg, S. 151 f.

„Stilllegungsbeauftragten“ der Obersten Heeresleitung.²² Die Kriegswirtschaft bedeutete zwar keineswegs die Einstellung des Außenhandels, denn Deutschland musste in gewissem Maße exportieren, um den Import kriegswichtiger Rohstoffe zu bezahlen. Doch der Kreis der möglichen Handelspartner wurde immer enger und das Handelsvolumen ging stark zurück.²³

Die Neuordnung der außenwirtschaftlichen Beziehungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit

Damit stellten sich nach dem Ende des Weltkrieges viele Probleme: Zahlreiche Industrielle hatten schon die Frage, ob Deutschland selbst im Falle eines *gewonnenen* Krieges verlorengegangene Märkte zurückgewinnen könne, pessimistisch beantwortet.²⁴ Nachdem der Krieg jedoch verloren ging, sah die Lage noch um vieles düsterer aus, zumal niemand einschätzen konnte, wie die Sanktionen der Alliierten konkret aussehen würden. Hofften viele Beobachter anfangs noch auf einen milden Frieden, so wurde anhand der Diskussionen im Rahmen der Pariser Verträge bald klar, dass die von Deutschland zu leistenden Entschädigungszahlungen erheblich ausfallen würden. Zugleich war die Konversion zur Friedenswirtschaft eine Mammutaufgabe, zumal es lange Zeit an den grundlegenden Voraussetzungen, um überhaupt Handel treiben zu können, fehlte: nämlich ausreichend Transportmittel und Kohle. Stattdessen sah sich das Land mit Unruhen, Streiks und Hunger konfrontiert.²⁵

Gerade vor diesem Hintergrund erschien es unrealistisch, die kriegswirtschaftlichen Regelungen mit dem Ende der Kampfhandlungen aufzuheben. Diese blieben teilweise noch bis weit in die 1920er Jahre hinein in Kraft. Neben Preisbestimmungen und Rohstoffkontingentierungen betraf das auch die Reglementierung des Außenhandels.²⁶ Dabei waren Deutschland insofern die Hände gebunden, als mit dem Versailler Vertrag seine handelspolitische Autonomie eingeschränkt wurde. Artikel 264 und folgende des Vertrages bestimmten, dass Deutschland den Alliierten und ihren assoziierten Mächten bis 1925 die Unbedingte Meistbegünstigung zu gewähren hatte, also nicht andere Länder durch niedrigere Zollsätze bevorteilen durfte bzw. wenn das geschah, diese niedrigeren Zollsätze auch für die Alliierten gelten sollten.²⁷ Zugleich kündigten zahlreiche Länder ihre noch aus der Vorkriegszeit stammenden Handelsverträge mit dem Deutschen Reich, die aber oftmals weiterhin provisorisch in Kraft blieben. Zudem versuchte Deutschland die gravierendsten Engpässe in der Nachkriegszeit durch provisorische Lieferabkommen abzuschwächen. So wurden 1919 Handelsabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei über die Lieferung von Kohle gegen Lebensmittel abgeschlossen.²⁸ Mit den USA wurde am 11. November 1921 ein separater Friedensvertrag unterzeichnet, dem 1923 ein Handelsabkommen folgte.²⁹

Ein besonders großes Problem war das sog. „Loch im Westen“. ³⁰Gemeint waren damit Deutschlands Schwierigkeiten, seine zoll- und devisenrechtlichen Bestimmungen im von den Alliierten besetzten Rheinland durchzusetzen. Darauf reagierte das Reich seit dem Dezember 1919 u. a. mit der drastischen Maßnahme einer generellen Genehmigungspflicht für Außenhandelsgeschäfte und der Durchführung von Importkontrollen.

22 Roman Köster, Konsumgüterindustrien, in: Marcel Boldorf (Hg.), Handbuch Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin 2020, S. 295-315, 305-310.

23 Marcel Boldorf, Außenhandel und Blockade, in: Ders. (Hg.), Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin 2020, S. 471-519.

Die teilweise aggressiv geführten Kriegszieldebatten während des Krieges lassen sich auch durch diesen Pessimismus in Bezug auf die mögliche Rückkehr zu den Vorkriegsbedingungen erklären. Vgl. Stefanie van de Kerkhof, Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft: Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Essen 2006.

25 Vgl. Dokument Nr. 5.1.2.01 und Gerald D. Feldman, The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914-1924, New, York, Oxford 1993, S. 188-208 u. ö.

26 Vgl. Dokument Nr. 5.2.1.01.

27 Madeleine Lynch Dungy, Order and Rivalry. Rewriting the rules of international trade after the First World War, Cambridge/ New York 2023, S. 118-123.

28 Vgl. Dokument Nr. 5.2.1.07

29 Vgl. Dokument Nr. 5.2.1.09 und Dokument Nr. 5.2.1.10. Wilfried Feldenkirchen, Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1914-1933, in: Hans Pohl (Hg.), Die Auswirkungen von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auf Wirtschaft- und Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Referate der 11. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 9. April bis 13. April 1985 in Hohenheim, Stuttgart 1987, S. 328-357, 341.

30 Dokument Nr. 5.2.3.13

Hinzu kam die Arbeit der sog. Preisprüfungsstellen, die Import- und Exportpreise genehmigen mussten.³¹ Im März 1920 wurde ein Rheinauffanggürtel geschaffen, so dass Waren an verschiedenen Punkten am Rhein registriert und lizenziert wurden. Diese Regelungen wurden zwar bald abgeschwächt, doch blieb der deutsche Außenhandel weiterhin stark reglementiert.³² Das drückte sich auch darin aus, dass das Amt des „Reichskommissars für die Aus- und Einfuhr“, eine 1916 geschaffene Sondergewalt für die Überwachung des Außenhandels, erst 1924 abgeschafft wurde.³³

Hintergrund dieser Reglementierung, die insbesondere auch die Exportpreise betraf, war darüber hinaus die Notwendigkeit, ein zu starkes Abgleiten des Außenwerts der Mark zu verhindern. Das Instrument dafür war insbesondere die Devisenbewirtschaftung³⁴: Im Export verdiente Devisen mussten gegen Kompensation an die Reichsbank abgeliefert werden, die dann darüber entschied, welche Importgeschäfte damit getätigt werden durften. Gleichzeitig durfte ausländisches Geld nicht für Geschäfte im Inland verwendet werden. Diese Kriegswirtschaft im Frieden ging erst nach der Währungsstabilisierung tatsächlich zuende.³⁵ Bis dahin führte sie zu dauerhaft erschwerten Handelsbedingungen, gerade angesichts des Ziels, rasch wieder auf die internationalen Märkte zurückzukehren.³⁶

Grundsätzlich stellte sich nach dem Ersten Weltkrieg die Frage nach wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen und einer neuen Wirtschaftsordnung. Dabei gab es insbesondere von Seiten der Sozialdemokratie starke Kräfte, die für eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien wie der Eisen- und Stahlindustrie oder auch des Bankenswesens plädierten. Dafür wurde 1919 die Sozialisierungskommission geschaffen, die aber kaum politische Durchschlagskraft entwickelte. Gegen die Sozialisierung erhoben sich zudem bereits kurz nach der Novemberrevolution viele Stimmen, wie etwa der prominente Hamburger Bankier Max Warburg, der eine Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft in den Bahnen freier Handelsbeziehungen forderte und Sozialisierungsexperimenten skeptisch gegenüberstand.³⁷

Tatsächlich waren die Debatten um die Wirtschaftsordnung für die Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft von geringerer Bedeutung als die konkreten Versuche, zeitweise verlorengegangene Märkte wieder zu besetzen. Mitunter wurde dabei auch versucht, die instabile soziale und politische Lage in Teilen Europas, wie etwa in Italien, zum eigenen Vorteil auszunutzen.³⁸ Ein besonders starkes Engagement entwickelten deutsche Unternehmen in Lateinamerika.³⁹ Gleichzeitig profitierte man davon, eine kompetitive Industrie zu besitzen, die Produkte herstellte, auf die in der globalen Arbeitsteilung nur schwer verzichtet werden konnte. Das betraf insbesondere die Chemie- und die Elektroindustrie.⁴⁰

Ein exportstarkes Deutschland war im Europa der frühen 1920er Jahre jedoch aus naheliegenden Gründen ein Politikum. Die vielen neuen Staaten insbesondere in Osteuropa schotteten sich durch hohe Zollschränken vor der, wie sie und die Deutschen selbst es wahrnahmen, überlegenen deutschen Exportindustrie ab. Die Briten und die Franzosen hatten während der 1920er Jahre selbst mit einem schwachen Export und sozialen Unruhen zu kämpfen und wenig Interesse daran, die deutsche Wirtschaft zur Konkurrenz zu ermuntern, zumal damit eine politische Ertüchtigung Deutschlands einhergehen musste.⁴¹ Hinzu kam noch, dass die Inflation der deutschen Wirtschaft eine Exportprämie verschaffte, die insbesondere von den Franzosen als unlauterer Wettbewerbs wahrgenommen wurde.

31 Georg Krämer, Die deutsche Außenhandelskontrolle in der Nachkriegszeit, Pfungstadt 1928, S. 35 f.

32 Dokument Nr. 5.2.3.02.

33 Günther Haberland, Elf Jahre staatlicher Regelung der Ein- und Ausfuhr. Eine systematische Darstellung der deutschen Außenhandelsregelung in den Jahren 1914–1925, Leipzig 1927, S. 86 f.

34 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.01 und Dokument Nr. 5.2.2.05.

35 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.03 und Dokument Nr. 5.3.2.07.

36 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.09. Rudolf Mallachow, Die Strömungen unserer Devisenpolitik seit 1914 und unsere Reparationsverpflichtungen, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 77,3 (1922-23), S. 357-399.

37 Vgl. Dokument Nr. 5.1.2.02.

38 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.10.

39 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.08.

40 Vgl. Dokument Nr. 5.1.2.04 u. Dokument Nr. 5.2.3.04.

41 Vgl. Dokument Nr. 5.2.1.02 und Dokument Nr. 5.1.2.05. Als Fallstudie vgl. Andrew Perchard, Roy M. MacLoud, Jeremy Mouat, „British Empire in metals“: Non-state actors and the political economy of imperial minerals, 1913–39, in: Business History 2026, S. 1-25.

Außenhandel und Reparationen

Keine Betrachtung der außenwirtschaftlichen Beziehungen des Deutschen Reiches während der 1920er Jahre kann die Reparationsverpflichtungen außer Acht lassen, die Deutschland an die Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs zahlen musste. Die Pflicht dazu war im Versailler Vertrag zunächst nur im Grundsatz festgestellt worden, ohne eine konkrete Summe zu nennen. Deren Festsetzung erfolgte erst nach langen Verhandlungen auf der Londoner Konferenz im Mai 1921. Vorausgegangen waren intensive Diskussionen unter den Alliierten, was die Reparationszahlungen genau abdecken sollten. Dabei ging es nicht nur um die Kriegskosten sowie die Behebung der Schäden in den verwüsteten Gebieten vor allem in Belgien und im Norden Frankreichs, sondern auch um die Pensionsverpflichtungen der Kriegsveteranen. Schließlich wurde die Entschädigungssumme, nicht zuletzt als Reaktion auf den großen öffentlichen Druck, auf die hohe Summe von 132 Mrd. Goldmark festgelegt, aufgeteilt in sog. A, B und C-Bonds.⁴²

Es gibt eine lange Debatte, ob Deutschland die Reparationen bezahlen konnte oder ob sie die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft überstiegen.⁴³ Ein Autor wie Bruce Kent setzte in seiner 1989 erschienenen Geschichte der Reparationen voraus, sie hätten Deutschlands Leistungsfähigkeit überstiegen, und auch Gerald D. Feldman argumentierte in seinem Werk „The Great Disorder“ über die Inflation vergleichbar. Dennoch hat sich gerade im angelsächsischen Raum – woher während der 1920er Jahre noch am meisten Verständnis für die deutschen Klagen kam – in den letzten Jahren die Meinung durchgesetzt, im Wesentlichen habe ein übersteigerter Nationalismus die Deutschen daran gehindert, pragmatisch mit der Reparationsverpflichtung umzugehen. Die australische Historikerin Sally Marks hat diese Position pointiert zusammengefasst: Die deutsche Weigerung, die Reparationen zu bezahlen, resultierte daraus, „that most Germans saw no Reich role in the war's advent and did not accept that Germany had lost it.“⁴⁴

Bei einer Betrachtung der wirtschaftlichen Verflechtungen Deutschlands und seiner Reintegration in die Weltwirtschaft zeigt sich, wie viele Facetten dieses Problem besaß und dass die alleinige Fokussierung auf die Frage, ob Deutschland die Reparationen bezahlen konnte, von wesentlichen Problemen ablenkt. Das betrifft zunächst die Frage, ob das Ausmaß der „objektiven“ deutschen Leistungsfähigkeit den beteiligten Akteuren tatsächlich bekannt war. Tatsächlich befanden sich direkt nach dem Krieg viele Beobachter auf deutscher Seite noch im Wunderland der Waffenstillstandsvereinbarungen und glaubten etwa, bereits die Abgabe der deutschen Kolonien würde die Entschädigungsforderungen der Alliierten kompensieren.⁴⁵ Die teilweise grotesk hohen Summen, die im Zuge der Verhandlung des Versailler Vertrages in die Diskussion geworfen wurden, machten aber klar, dass man so leicht kaum davonkommen würde. Es gab aber kaum adäquate Maßstäbe, nach denen man die finale Summe von 132 Mrd. GM einschätzen konnte: Die Techniken der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung etwa wurden als Reaktion auf die Reparationsproblematik während der 1920er Jahre erst verfeinert bzw. neu entwickelt.⁴⁶

Insofern handelte es sich ganz wesentlich um politische Summen und ganz gleich, wie man die deutsche Leistungsfähigkeit einschätzte, die Reparationsrechnung war auf jeden Fall sehr hoch. Die große Frage war dann aber, wie Deutschland die Reparationen aufbringen konnte: Wer Entschädigungen bekommen wollte, musste sich im Grunde ein ökonomisch starkes Deutschland wünschen, das deutliche Exportüberschüsse erwirtschaftete – denn erst diese ermöglichten einen Realtransfer der Reparationen, der nicht den Außenwert der Mark gefährdete.

Die Alternative zu dauerhaften Exportüberschüssen war das Zehren von der Substanz, und hier wurde die Reparationsfrage – wenn das überhaupt möglich war – noch politischer: Von deutscher Seite wurde betont, es sei nach dem Krieg ein armes Land geworden und es fehle schlicht die Substanz, um die Reparationszahlungen

42 Bruce Kent, *The Spoils of War. The Politics, Economics, and Diplomacy of Reparations 1918-1932*, Cambridge 1989, S. 126-141; Dieter Ziegler, *Ein überfordernder Frieden?*, in: Ders., Jan-Otmar Hesse (Hg.), *Der Versailler Vertrag und die deutschen Unternehmen*, Berlin 2022, S. 1-34, 23.

43 Vgl. Dokument Nr. 5.2.1.03

44 Vgl. Dokument Nr. 5.2.2.02. Sally Marks, *Mistakes and Myths: The Allies, Germany, and the Versailles Treaty, 1918–1921*, in: *The Journal of Modern History* 85,3 (2013), S. 632-659, 650.

45 Feldman, *The Great Disorder*, S. 89 f.

46 Adam Tooze: *Statistics and the German State, 1900-1945. The Making of Modern Economic Knowledge*, Cambridge 2001, S. 9 f.

zu leisten.⁴⁷ Damit wurde aber jeder Deutsche, der seine Ersparnisse in einem Luxushotel in Neapel verprasste, zum Politikum.⁴⁸ Jedes Schwimmbad und jede Sportanlage, die in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre mit der Hilfe US-amerikanischer Kredite errichtet wurde, stellte den Willen, der Deutschen, ihre Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, in Frage. Die weitverbreitete Kapitalflucht aus Deutschland während der Inflation schien ebenfalls zu beweisen, dass Deutschland seinen noch vorhandenen Reichtum versteckte.⁴⁹

Doch die Reparationszahlungen beeinflussten die Handelsbeziehungen auch direkt. Das betraf insbesondere die Reparationen, die in Form von Sachleistungen erfolgten.⁵⁰ Mit dem Wiesbadener Abkommen von Oktober 1921 erfolgte ein erster Schritt in Richtung deutsch-französischer Verständigung, die zugleich an vielen Orten Europas die Furcht vor einer deutsch-französischen industriellen Kooperation im großen Stile weckte.⁵¹ Die Sachleistungen stellten jedoch tatsächlich oftmals eine Konkurrenz für die heimischen Produzenten dar und wurden während der 1920er Jahre aus diesem Grund von den Gläubigern zunehmend skeptisch gesehen.⁵²

Es gab allerdings eine wichtige Ausnahme, die Deutschlands strategische Position deutlich stärkte: Das Land verfügte über die mit Abstand größten Vorkommen an (Fett-)Kohle auf dem europäischen Kontinent. Zwar gingen mit dem Saarland 1919 und mit Oberschlesien 1921 wichtige Kohlenbecken verloren, wobei der „Kampf um Oberschlesien“ zu erneuten Spannungen zwischen Deutschland und den Alliierten führte.⁵³ Doch das Ruhrgebiet verblieb bei Deutschland und insbesondere Steinkohle spielte eine zentrale Rolle bei den Sachleistungen, wobei zwischen den verschiedenen Ländern, die Anspruch auf Reparationen hatten, zäh um den Anspruch auf deutsche Kohle gerungen wurde. Insbesondere Italien, da es selbst über kaum Energieträger verfügte, war dringend auf deutsche Kohlenlieferungen angewiesen.⁵⁴

So berechtigt die alliierten Reparationsforderungen angesichts der Millionen toter und kriegsversehrter Soldaten, der Verwüstung riesiger Gebiete in Belgien und im Norden Frankreichs, der gigantischen Schäden an der industriellen und finanziellen Substanz der Siegerstaaten waren, sie belasteten die Debatten um die Neuregelungen der Handelsbeziehungen während der 1920er Jahre. Zumal, weil sie in einem engen Zusammenhang mit einem weiteren zentralen Problemkomplex standen: Besonders in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges hatten sich die Alliierten große Geldsummen in den Vereinigten Staaten geliehen, deren Absicherung auch ein wesentlicher Grund für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten darstellte.⁵⁵ Die USA verzichteten zwar während der 1920er Jahre auf Teile dieser Schulden, etwa durch das lange mit Frankreich verhandelte Mellon-Berenger-Abkommen. Sie waren aber lange Zeit im Grundsatz nicht bereit, einen sachlichen Zusammenhang zwischen Reparationen und interalliierten Schulden zu akzeptieren.⁵⁶

Hinzu kam, dass die Vereinigten Staaten durch einen konsequenten Protektionismus verhinderten, dass die europäischen Länder ihre Schulden durch Exporte in die USA verdienen konnten. Der Smoot-Hawley-Tarif vom Juni 1930, der die Agrarzölle stark erhöhte, gilt allgemein als Menetekel einer fehlgeleiteten Politik während der Großen Depression. Allerdings war bereits im Jahr 1922 mit dem Fordney-McCumber-Tarif ein äußerst protektionistischer Zolltarif für Fertigwaren und Kapitalgüter in Kraft getreten. Neben dem traditionellen Protektionismus der USA spielte dabei insbesondere die bereits während des Krieges diskutierte Furcht eine Rolle, die verarmten europäischen Staaten könnten das Land mit billigen Waren überschwemmen.⁵⁷

Im Grunde sollte sich erst während der Weltwirtschaftskrise und erst nach dem Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt im Mai 1931 die Einsicht durchsetzen, dass eine wirtschaftliche Erholung

47 Vgl. Dokument Nr. 5.1.2.03.

48 Vgl. Dokument Nr. 5.2.2.08.

49 Vgl. Dokument Nr. 5.2.2.02.

50 Vgl. Dokument Nr. 5.2.1.06

51 Feldman, *The Great Disorder*, S. 280-305.

52 Anna Karla, *Westeuropas Wiederaufbau – Made in Germany? Baumaterial aus Deutschland im Versailler Vertrag*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 13,3 (2016), S. 426-441, 435 f.

53 Vgl. Dokument Nr. 5.2.1.08 und Dokument Nr. 5.2.1.11. Karsten Eichner, *Briten, Franzosen und Italiener in Oberschlesien. Die Interalliierte Plebesizitkommission im Spiegel der britischen Akten*, Katharinen 2002.

54 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.17.

55 Vgl. Dokument Nr. 5.2.2.04. Hew Strachan, *Financing the First World War*, Oxford 2004, S. 160-221.

56 Vgl. Dokument Nr. 5.4.1.01.

57 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.19. Marc Hayford, Carl A. Pasurka, *The Political Economy of the Fordney-McCumber- and Smoot-Hawley Tariff-Acts*, in: *Explorations in Economic History* 29 (1992), S. 30-50.

die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen voraussetzte – und dass dieses Ziel nur durch Verzicht auf gegenseitige Forderungen erreicht werden konnte. Paradoxerweise „profitierten“ davon die Deutschen, die professionellen Bankrotteure aus französischer Sicht, die aber zugleich von der Weltwirtschaftskrise in einem fast beängstigendem Maße getroffen wurden. Bis dahin jedoch war jede politische Regelung der Handels- und Finanzbeziehungen stets zugleich mit der Frage der politischen Abwicklung der finanziellen Kriegsfolgen konfrontiert.

Inflation und Außenhandel

Der neben der politischen Gemengelage zweite zentrale Faktor, der Deutschlands Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft bestimmte, war die Inflation. Diese war zunächst vor allem eine Folge einer Kriegsfinanzierung über die Verschuldung des Reiches bei der Reichsbank, also *de facto* über die Notenpresse. Es ist oft behauptet worden, Deutschland sei es schlechter als Großbritannien oder Frankreich gelungen, den Krieg über Steuern zu finanzieren. Doch davon abgesehen, dass aufgrund der Inflation auch die Kriegsanleihen eine Steuer darstellten, gelang die Kriegsfinanzierung hauptsächlich über Steuern oder öffentliche Anleihen in kaum einem der kriegsführenden Staaten. Neben den hohen Schulden im Ausland, die insbesondere Großbritannien und Frankreich in den USA aufnahmen, wurde die Kriegsfinanzierung wesentlich über innere Verschuldung geleistet, indem die Zentralbank dem Staat „Vorschüsse“ oder Kredite gewährte.⁵⁸ In Deutschland fand eine Ausweitung der Geldmenge über die innere Verschuldung allerdings besonders ausgeprägt statt, was durch die Abschneidung des Landes vom internationalen Handel und den internationalen Kapitalmärkten bedingt war.

Die Vermehrung der Geldmenge konnte sich allerdings zunächst kaum auf die (offiziellen) Preise auswirken, weil letztere im Rahmen der Kriegswirtschaft administrativ geregelt wurden. Auch die stark eingeschränkten Handelsbeziehungen verhinderten eine realistische Einschätzung des Außenwertes der Währung. Deutliche inflationäre Effekte waren zumeist erst in der ersten Jahreshälfte 1919 zu beobachten.⁵⁹ Dann zeigte sich aber rasch, dass das Inflationsproblem keineswegs auf Deutschland beschränkt blieb: Hyperinflationen entwickelten sich in Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen und der Sowjetunion.⁶⁰ Doch auch wenn es nicht zu einem totalen Wertverlust der Währung kam, so schufen Inflationen in zahllosen weiteren Ländern gravierende Probleme und ließen auch die Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges keineswegs unberührt. Italien versuchte 1926 mit der „Quota Novanta“ die Lira zu stabilisieren und aufzuwerten, was dort zu massiven wirtschaftlichen Turbulenzen führte.⁶¹ Frankreich hatte ebenfalls mit inflationären Tendenzen zu kämpfen und konnte den Franc erst 1926/28 stabilisieren.⁶²

Die Kriegsfinanzierung über innere Verschuldung, die politischen Spannungen und die Reparationsforderungen trugen zur sukzessiven Eskalation der Währungskrise bei. Die Folgen für den Finanzmarkt waren gravierend. Die Kreditpolitik der Banken war, wie etwa im Fall der Berliner Großbanken, teilweise durchaus restriktiv und aus Sicht der Zeitgenossen übervorsichtig.⁶³ Alternative Formen der Finanzierung wurden in der Schaffung und Fusion von Aktiengesellschaften gefunden. Aber am Ende änderte das an den inflationären Tendenzen nur wenig, zumal sich auch die Kapitalflucht nach England, USA, Schweiz und Holland als ein großes Problem erwies und zu weiteren politischen Spannungen führte.⁶⁴ Bei der Frage allerdings, warum die Inflation weiterging und erst eskalieren musste, bevor eine Stabilisierung gelang, ist ein Blick über die deutsche Situation hinaus notwendig.

58 Für Frankreich: Kenneth Mouré, *The Gold Standard Illusion. France, the Bank of France, and the International Gold Standard, 1914-1939*, Cambridge 2002, S. 64-66.

59 Vgl. Dokument Nr. 5.2.2.01. Für Deutschland: Feldman, *The Great Disorder*.

60 Nathan Marcus, *Austrian Reconstruction and the Collapse of Global Finance, 1921-1931*, Cambridge/Mass. 2018, S. 113-141 ; Feldman, *The Great Disorder*, S. 754-802 ; Herman van der Vee, Karel Tavernier, *La Banque nationale de Belgique et l'histoire monétaire entre les deux guerres mondiales*, Brüssel 1976; Ekaterina Pravilova, *The Ruble: A Political History*, Oxford 2023, S. 332-351.

61 Roland Sarti, Roland, *Mussolini and the Italian Industrial Leadership in the Battle of the Lira 1925-1927*, in: *Past & Present* 47 (1970), S. 97-112.

62 Mouré, *The Gold Standard Illusion*, S. 102 f.

63 Alexander Nützenadel, *Zwischen Staat und Markt 1914-1989*, in: Werner Plumpe, Alexander Nützenadel, Catherine R. Schenk, *Deutsche Bank. Die globale Hausbank*, Berlin 2020, S. 233-423, 266-278.

64 Feldman, *The Great Disorder*, S. 134 f.

Der Krieg hatte an vielen Orten zu einer Erhöhung der Geldmenge geführt und in einem gewissen Umfang wurden Inflationen auch „exportiert“. Das erklärt aber nur bedingt, warum Inflationen noch bis weit in die zweite Hälfte der 1920er Jahre ein gravierendes Problem für zahlreiche Länder bildeten, Stabilisierungen oftmals nur halbherzig angegangen wurden und nur unter großen Anstrengungen gelangen. Die europäische Inflationsdynamik lässt sich am Ende vor allem dadurch erklären, dass in einer Zeit, in der die internationalen Kapitalmärkte nur unzureichend funktionierten und staatliche Strukturen neu etabliert oder wiederhergestellt werden mussten, Inflationen einen sozial stabilisierenden Effekt hatten. Sie ermöglichten es den Staaten, grundlegende Aufgaben zu erfüllen. Das betraf etwa die Fürsorge für die zahllosen Kriegsinvaliden oder sozialstaatliche Maßnahmen. Zudem schufen sie eine Exportprämie, verbilligten also Waren im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz.⁶⁵

Den Zeitgenossen war gleichzeitig bewusst, wie hoch die Kosten einer Stabilisierung waren: Die wesentlichen Maßnahmen, um sie zu erreichen, bestanden in einer Beschränkung der Staatsausgaben, einer Lohnregulierung und einer drastischen Anhebung des Diskontsatzes. Die Anwendung dieser Maßnahmen musste zu einer scharfen Rezession führen, wie sie etwa die USA und Großbritannien nach der Dollar- bzw. Pfund-Stabilisierung erlebt hatten. Vielleicht noch näher lag den Deutschen das Beispiel der Tschechoslowakei, wo der Finanzminister Alois Raß in Ende 1921 drastische Maßnahmen zur Stabilisierung der Krone durchsetzte, die indes zu einer Wirtschaftskrise und schweren sozialen Unruhen führten.⁶⁶ Es ist keineswegs klar, ob die instabile Weimarer Republik solche Maßnahmen überhaupt überlebt hätte.⁶⁷

Insofern waren Inflationen zumeist durch Binnenkonstellationen verursacht, aber sie hatten auf den Außenhandel gravierende Auswirkungen. Zunächst, und das war auch einer der Gründe dafür, weswegen die inflationäre Dynamik selten frühzeitig gestoppt wurde, erzeugte sie eine Exportprämie. Sie erhöhte die Konkurrenzfähigkeit deutscher Handelsgüter, während zugleich der Import teurer wurde – ein wesentlicher Grund für die Devisenbewirtschaftung im Außenhandel. Die Folge waren bei den Unternehmen häufig sog. Scheingewinne, dass also die Verkaufserlöse die Neuproduktion desselben Gutes nicht länger finanzierte.⁶⁸ Trotzdem wäre ohne die Inflation die Wiederbelebung der deutschen Exportwirtschaft sehr viel schwerer gefallen. In Frankreich, etwa in Person des einflussreichen Staatssekretärs im Quai d'Orsay, Jacques Seydoux, wurde darum gemutmaßt, die Deutschen hätten die Inflation absichtlich herbeigeführt.⁶⁹

Doch trotz dieser eher positiven Auswirkungen der Inflation hatte die deutsche und europäische Inflation insgesamt desaströse Auswirkungen auf die Rekonstruktion eines europäischen Wirtschaftsraums. Das lag zunächst daran, dass unterschiedliche Stände der Valuta Anreize zu einem starken Protektionismus boten, um sich vor dem „Dumping“ der Länder mit schwacher Valuta zu schützen, wobei insbesondere die Deutschen hierbei im Verdacht standen. Dokument Nr. 5.2.2.07 Obwohl es verschiedene Initiativen etwa des Völkerbunds gab, den Handel und die Abwicklung von Zöllen zu erleichtern, schotteten sich insbesondere die jungen Länder in Osteuropa zunehmend ab, nicht zuletzt um ihre jungen Industrien vor der deutschen Konkurrenz zu schützen.⁷⁰

Darüber hinaus bedeutete die schwache deutsche Valuta, dass Ausländer leicht in Deutschland einkaufen konnten. Franzosen konnten sich im Rheinland billig mit Waren eindecken genauso wie Tschechen in Bayern, was immer wieder für große Verärgerung sorgte.⁷¹ Die größte Angst hatten die Deutschen allerdings davor, obwohl über das genaue Ausmaß der „Überfremdung“ der deutschen Wirtschaft keine verlässlichen Zahlen existierten, dass Franzosen, US-Amerikaner, Briten Anteile deutscher Industrieunternehmen

65 Vgl. Dokument Nr. 5.3.2.01.

66 Jozef Faltus, Die Währungsentwicklung in der Tschechoslowakei in den Jahren 1919 bis 1924, in: Alice Teichova (Hg.), Banken, Währung und Politik in Mitteleuropa zwischen den Weltkriegen, Wien 1997, S. 113-138, 127-132; Elizabeth A. Boross, Inflation and Industry in Hungary, 1918–1929, Berlin 1994, S. 33 f.

67 Vgl. Dokument Nr. 5.2.2.03.

68 Dieter Lindenlaub, Maschinenbauunternehmen in der deutschen Inflation 1919-1923. Unternehmenshistorische Untersuchungen zu einigen Inflationstheorien, Berlin 2005.

69 Stanislas Jeannesson, Jaques Seydoux, diplomate : (1870-1929), Paris 2013.

70 Roman Köster, Krise als Erfahrungsraum. Die Weimarer Republik und die europäische Wirtschaftsordnung während der Großen Depression, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hg.), Weimar und die Neuordnung der Welt: Politik, Wirtschaft, Völkerrecht nach 1918, Stuttgart 2020, S. 267-289, S. 270 f.

71 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.15.

übernehmen.⁷² Dagegen versuchte man sich etwa durch die Ausgabe von Vorzugsaktien zu schützen, die die Unternehmenskontrolle in wenigen Händen konzentrierten. Die Angstformel „Überfremdung“ könnte auch deswegen so verbreitet gewesen sein, weil die Abwehrmittel eine reibungslose Abwicklung von Unternehmensfusionen im Inland ermöglichten.⁷³ Die Furcht, insbesondere die französische Wirtschaft könne die Inflation dazu nutzen, zur beherrschenden Industriemacht auf dem Kontinent zu werden, beherrschte die Debatten in Deutschland lange Zeit.⁷⁴

Die soziale Lage in Deutschland wurde in Deutschland im Laufe der Inflation zunehmend untragbar. Bereits im März 1920 hatte es mit dem Kapp-Putsch einen Umsturzversuch in Deutschland gegeben.⁷⁵ Mit fortschreitender Geldentwertung wurden die Klagen über Spekulantentum, Schieberei und andere unseriöse Geschäftspraktiken immer lauter. Seit die Inflation im Sommer 1922 zu „galoppieren“ begann und die stimulierenden Effekte auf die deutsche Wirtschaft kaum noch zu spüren waren, wurde die Geldentwertung als allgemeiner Ordnungsverlust wahrgenommen, der die Gesellschaft noch auf viele Jahre traumatisieren sollte.⁷⁶ Auch im Außenhandel untergrub die Inflation das für jede stabile Handelsbeziehung notwendige Vertrauen.⁷⁷ Gerade in ihrer Endphase wurden unseriöse Wirtschaftspraktiken wie beispielsweise die Nichterfüllung von Aufträgen, um kurzfristige Arbitragegewinne zu realisieren, alltäglich.⁷⁸ Teilweise waren Probleme der Infrastruktur für Qualitätsprobleme verantwortlich, die im Widerspruch zu dem lange Zeit guten Image deutscher Waren auf den internationalen Märkten standen.⁷⁹ Viele ausländische Beobachter sahen darin den Inbegriff einer moralischen Krise des deutschen Volkes, die sie auf die Inflation zurückführten.⁸⁰ Auch die weitverbreitete Kapitalflucht wurde als Ausdruck dieser moralischen Krise betrachtet, die zwar vom individuellen ökonomischen Standpunkt verständlich erschien, aber die deutsche Lage verschlechterte und die Inflation weiter anheizte.⁸¹

Stabilisierung

Inflationen mochten kurzfristig für die fragilen Staaten Europas eine sozial stabilisierende Wirkung haben, doch auf die Dauer konnte das kaum gutgehen. Hatte zu Beginn der 1920er Jahre sogar noch die Ansicht vorgeherrscht, der expansive Effekt von Inflationen ließe sich beherrschen, so erwies sich das Gegenteil spätestens dann, wenn Inflationen außer Kontrolle gerieten.⁸² Zudem führten Inflationen immer wieder zu massiven sozialen Verwerfungen. Bestimmte soziale Gruppen profitierten davon, welche die Regeln der Inflation schneller und besser als andere begriffen. Sparer oder Pensionäre hatten indes stark darunter zu leiden und verloren nicht selten alles.⁸³

Die Währungsstabilisierung gehörte darum zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen der 1920er Jahre, die darüber hinaus auch als Voraussetzung dafür gesehen wurde, um Maßnahmen gegen den zunehmenden Protektionismus ergreifen. Das war, neben der Regelung der Kriegsfolgen, Anlass für die auf Initiative des britischen Premierministers David Lloyd-George im April 1922 organisierte Konferenz von Genua. Hier wurde prospektiv die Wiedereinführung des Goldstandards (in veränderter Form als Gold-Devisenstandard) beschlossen und Möglichkeiten für Handelserleichterungen diskutiert.⁸⁴ Jedoch war die Konferenz von vornherein durch die Nichtteilnahme Frankreichs desavouiert, das sich unter der Führung Raymond Poincarés

72 Vgl. Dokument Nr. 5.3.2.04.

73 Vgl. Roman Köster, *Die Konzentrationsbewegung in der Dortmunder Brauindustrie 1914-1924*, Essen 2003, S. 78-88.

74 Jürgen Bellers, *Außenwirtschaftspolitik und Politisches System in der Weimarer Republik*, Münster 1988, S. 43-50; Feldman, *The Great Disorder*, S. 278f.

75 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.05.

76 Feldman, *The Great Disorder*, S. 555-575.

77 Vgl. Dokument Nr. 5.2.2.03 und Dokument Nr. 5.3.2.02.

78 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.18.

79 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.16.

80 Vgl. Dokument Nr. 5.3.2.05.

81 Vgl. Dokument Nr. 5.2.2.09, Dokument Nr. 5.3.2.06 und Dokument Nr. 5.4.2.01.

82 Eleanor Dulles *The French Franc 1914-1928*, New York 1929, S. 113.

83 Vgl. Dokument Nr. 5.3.2.08 und Dokument Nr. 5.3.2.09. Sebastian Teupe, *Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923*, Frankfurt 2023, S. 233-237.

84 Vgl. Dokument Nr. 5.3.1.01.

für eine kompromisslose Haltung in der Reparationsfrage entschieden hatte. Das mündete ab dem 11. Januar 1923 in der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen, was durch den nachfolgenden, am 26. August 1923 abgebrochenen Passiven Widerstand zur Eskalation der deutschen Währungskrise beitrug.⁸⁵ Die Deutschen wiederum nahmen an der Konferenz zwar teil, schadenen ihr aber auch, indem sie im nahegelegenen Städtchen Rapallo mit der Sowjetunion zu einer Sondervereinbarung hinsichtlich handelspolitischer Kooperation abschlossen (Vertrag von Rapallo).⁸⁶

Währungsstabilisierungen blieben insofern während der 1920er Jahre ein großes Thema, jedoch war das alles andere als eine einfache Aufgabe. Für die Stabilisierung notwendige Anleihen erhielt man nur, wenn man bereit war, strikte Regeln zu implementieren. Dazu gehörten vor allem ein ausgeglichener Staatshaushalt, die garantierte Unabhängigkeit der Zentralbank sowie das Verbot der Vergabe von Krediten oder Vorschüssen der Zentralbank an den Staat. Die Gelddruckmaschine wurde abgestellt, doch das schränkte zugleich die monetären Spielräume der Regierungen stark ein. Zur Durchsetzung dieser Regeln wurden darüber hinaus in vielen Ländern „Aufpasser“ installiert, die vor Ort die Einhaltung dieser Regeln überwachten.⁸⁷ Das war eine gravierende Einschränkung der Souveränität eines Landes, was politisch entsprechend umstritten war.

Im deutschen Fall wurde die Stabilisierung zunächst im Herbst 1923 durch die Einführung der Rentenmark geleistet, die (hypothetisch) durch Grundschulden und Hypotheken gedeckt war.⁸⁸ Obwohl die Rentenmark in den ersten Monaten stabil blieb, betrachtete der neue Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht die Stabilisierung als hochgradig gefährdet.⁸⁹ Tatsächlich wurde erst mit dem Dawes-Plan 1924 die Grundlage für die Schaffung einer dauerhaft stabilen Währung, die im August 1924 etablierte Reichsmark, geschaffen.⁹⁰ Dafür nahm das Reich eine internationale Anleihe in Höhe von 800 Mill. US-Dollar auf, die hauptsächlich durch US-amerikanische – insbesondere dem durch ihren Vertreter Thomas W. Lamont an den Verhandlungen zum Dawes- und Young-Plan beteiligten New Yorker Bankhaus J. P. Morgan – sowie britische Banken aufgebracht wurde. Dokument Nr. 5.3.3.11 Gleichzeitig wurde die Unabhängigkeit der Reichsbank völkerrechtlich festgeschrieben und sie einem internationalen Aufsichtsgremium unterstellt.⁹¹ Mit dem Amt des Reparationsagenten, das von dem US-amerikanischen Bankier Seymour Parker Gilbert ausgeübt wurde, wurde darüber hinaus ein „Aufpasser“ geschaffen (wie das auch in Österreich, Ungarn und später Polen der Fall war), der sicherstellen sollte, dass Deutschland seinen Verpflichtungen hinsichtlich Währungsstabilität und Reparationen gerecht wurde.⁹²

Fragen der Staatsfinanzen und der Währungsstabilität, die vor dem Ersten Weltkrieg nur eine überschaubare Gruppe von Fachleuten interessiert hatten, rückten ins Zentrum des politischen Geschäfts und der Bewältigung der Kriegsfolgen. Die Inflationen und die als Reaktion darauf sich durchsetzende Unabhängigkeit der Zentralbanken werteten ihre Präsidenten politisch auf und machte sie zu Schattenherrschern der Finanzdiplomatie.⁹³ Eine Führungsrolle spielte dabei der Gouverneur der Bank of England, Montagu Norman, der bereits in den frühen 1920er Jahre für eine informelle Kooperation zwischen den Zentralbanken geworben hatte.⁹⁴ Für Norman war das beste Mittel der Währungsstabilisierung der sog. Golddevisenstandard, also die Deckung der Währungen durch Gold sowie in Gold konvertierbare Devisen. Zum „alten“ Goldstandard konnte man aufgrund der Ungleichverteilung der globalen Goldreserven, die sich jetzt in den Vereinigten

85 Vgl. Dokument Nr. 5.3.2.03.

86 Heinrich August Winkler, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 20054, S. 172.

87 Z. B. Zoltán Peterecz, Jeremiah Smith, Jr. and Hungary, 1924–1926. The United States, the League of Nations, and the Financial Reconstruction of Hungary, London 2013; Marcus, Austrian Reconstruction, S. 143-173.

88 Vgl. Dokument Nr. 5.3.3.02.

89 Vgl. Dokument Nr. 5.3.3.06 und Dokument Nr. 5.3.3.09.

90 Vgl. Dokument Nr. 5.3.3.07, Dokument Nr. 5.3.3.10 und Dokument Nr. 5.3.3.12.

91 Vgl. Dokument Nr. 5.4.2.07.

92 Vgl. Dokument Nr. 5.4.2.02.

93 Vgl. Dokument Nr. 5.4.2.03. Polemisch dargestellt in: Liaquat Ahamed, Lords of Finance: The Bankers Who Broke the World: The Bankers Who Broke the World, London 2009.

94 Vgl. Dokument Nr. 5.2.2.06.

95 Zu Norman: Henry Clay, Lord Norman, London 1957.

Staaten konzentrierten, nicht mehr zurück.⁹⁶ Zugleich brauchte es eine institutionelle Garantie für die Währungsstabilität und die Rückkehr zu einem angepassten Goldstandard wurde nach und nach von beinahe allen Ländern umgesetzt.⁹⁷

Zentralbankiers pflegten häufig eine enge Kooperation, die immer wieder zu einem Politikum wurde. Sie pflegten ein Selbstverständnis als internationale Elite der Sachverwalter ökonomischer Vernunft, was nicht zuletzt bedeutete, ihre jeweiligen Regierungen zu drängen, sparsam zu wirtschaften und ihren Haushalt ausgeglichen zu gestalten.⁹⁸ Dafür stand insbesondere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der mit Norman eine enge und von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Kooperation pflegte.⁹⁹ Schacht redete nicht nur den deutschen Regierungen beständig ins Gewissen, sondern versuchte spätestens ab 1927, die deutsche Kreditaufnahme in den Vereinigten Staaten zu begrenzen.¹⁰⁰ Zugleich ging es Norman nicht nur darum, Währungsstabilität zu sichern und günstige Rahmenbedingungen für den internationalen Handel zu schaffen: ein wesentliches Ziel aus britischer Sicht war auch, dass London seine Rolle als internationaler Finanzplatz und wichtigste globale Clearingstelle zurückgewinnen sollte.¹⁰¹

Die Finanzdiplomatie war während der 1920er Jahre zunächst durchaus erfolgreich: Es gelang, die Währungsstabilität in Europa zu sichern und das Gespenst der Inflation erfolgreich zu bekämpfen. Zugleich verdichteten sich die Hinweise darauf, dass der polyzentrische globale Finanzmarkt, der durch den Ersten Weltkrieg zerstört worden war, sich langsam zu rekonstruieren begann. Zwar ließ sich der Bedeutungsverlust von Wien und Berlin nicht wirklich kompensieren, aber Paris erlebte als internationaler Finanzplatz in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre ein Comeback. Bei der Frage der Liberalisierung der Handelsbeziehungen schien man – nicht zuletzt im Rahmen der Weltwirtschaftskonferenz in Genf 1927 – ebenfalls auf einem guten Weg zu sein.¹⁰²

Die „guten Jahre der Weimarer Republik“

Währungsstabilität war eine wichtige Voraussetzung für eine Stabilisierung der sozialen Lage in Deutschland, aber auch für die Rückkehr zu einer funktionierenden europäischen wirtschaftlichen Arbeitsteilung.¹⁰³ Dafür schienen die Voraussetzungen Mitte der 1920er Jahre gut zu sein: Anfang 1925 gewann Deutschland seine zollpolitische Souveränität zurück, war also nicht mehr an die handelspolitischen Regelungen des Versailler Vertrages, vor allem die Gewährung der Unbedingten Meistbegünstigung an die Alliierten, gebunden.¹⁰⁴ Bereits im Vorgriff auf dieses Datum begannen Verhandlungen um neue Handelsverträge, wobei man sich mit den USA, die bekanntermaßen den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hatten, bereits 1923 auf einen Handelsvertrag geeinigt hatte. Im Dezember 1924 wurde dann ein Handelsvertrag mit Großbritannien abgeschlossen, während eine stärkere wirtschaftliche Kooperation mit der Sowjetunion bereits mit dem Vertrag von Rapallo vom April 1922 in die Wege geleitet worden war.¹⁰⁵ Gleichzeitig begannen 1925 die Verhandlungen um einen politischen

96 Douglas A. Irwin, The French Gold Sink and the Great deflation of 1929–32, in: Cato Papers of Public Policy 2 (2012/13), S. 1-57.

97 Barry Eichengreen, Golden Fetters. The Gold Standard and The Great Depression, 1919-1939, New York 1992, S. 153-186.

98 Vgl. Dokument Nr. 5.3.3.03.

99 Vgl. Dokument Nr. 5.3.3.04.

100 Heike Knortz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Zeit. Eine Einführung in Ökonomie, Gesellschaft und Kultur der ersten deutschen Republik, Göttingen 2021, S. 209-214.

101 Vgl. Dokument Nr. 5.3.3.05. David Kynaston, The City Of London Bd. 3: Illusions of Gold 1914-1945, London 2000, S. 304-321.

102 Sylvain Schirmann, Crise, coopération économique et financière entre États européens : 1929-1933, Paris 2000, S. 11 f.; Douglas A. Irwin, The French Gold Sink and the Great Deflation of 1929-1932, in: Cato Papers of Public Policy 2 (2012/2013), S. 1-56.

103 Vgl. Dokument Nr. 5.3.3.08.

104 Vgl. Dokument Nr. 5.3.3.14 und Dokument Nr. 5.3.3.15.

105 Feldenkirchen, Handelspolitik, S. 346-349; Walter Greiling, Das deutsch-englische Handelsabkommen, in: Wirtschaftsdienst 9. Jahrgang, 1924 · Heft 50 · S. 1721–1723.

Ausgleich und die Anerkennung der deutschen Westgrenze, die Ende des Jahres in den Verträgen von Locarno münden sollten.¹⁰⁶

Eine besondere Bedeutung besaß die wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich.¹⁰⁷ Das lag nicht nur daran, dass es sich vor dem Krieg um den wichtigsten Außenhandelspartner des Deutschen Reichs gehandelt hatte. Vielmehr hatten die dramatischen politischen Konflikte zwischen den beiden Ländern, mit dem Höhepunkt der Ruhrgebietsbesetzung ab dem 11. Januar 1923, die Handelspolitik in ganz Europa belastet. Zudem war Frankreich durch die Rückkehr von Elsaß-Lothringen nun im Besitz der Minette-Erze, welche die Deutschen benötigten, während die Deutschen die Kohle besaßen, die Frankreich brauchte. Eine Kooperation der Schwerindustrie war darum im Interesse beider Länder, weshalb sie bereits längere Zeit erwartet worden war.¹⁰⁸ Doch auch wenn der Kontakt zwischen den Industriellen – trotz der politischen Animositäten auf beiden Seiten – nach dem Krieg bald wieder aufgenommen wurde¹⁰⁹, kam es erst 1926 zur Bildung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (die dann in der Weltwirtschaftskrise zerbrechen sollte). Ein Handelsvertrag zwischen beiden Ländern konnte nach mühsamen Verhandlungen 1927 abgeschlossen werden, wobei ein provisorischer Vertrag bereits im Herbst 1926 in Kraft getreten war.¹¹⁰

Doch auch in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre kam die handelspolitische Normalisierung in Europa nur langsam voran. Aus diesem Grund organisierte der französische Handelsminister Louis Loucheur unter der Ägide des Völkerbundes und nach längeren Vorbereitungen 1927 in Genf eine Weltwirtschaftskonferenz, auf der u. a. eine stärkere Kartellierung der europäischen Wirtschaft diskutiert, aber auch weitere Verhandlungen über Zollsenkungen im Rahmen des Völkerbundes vereinbart wurde.¹¹¹ Solche koordinierten Anstrengungen hatten allerdings einen vergleichsweise geringen Effekt. Vielmehr war das wesentliche Mittel zur Handelsliberalisierung während der 1920er Jahre die Unbedingte Meistbegünstigung, die zollpolitische Diskriminierungen verhindern sollte.¹¹²

Insgesamt kam es in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zu einer handelspolitischen Normalisierung. Die Außenhandelskontrolle und die Devisenbewirtschaftung wurden abgebaut, mit den meisten Handelspartnern normalisierten sich die Beziehungen.¹¹³ Zugleich schuf die Währungsstabilisierung ab 1924 die Voraussetzung für einen Strom US-amerikanischen Geldes nach Europa. Die prosperierende amerikanische Wirtschaft bot verfügbare Kapitalien, die vom höheren Zinsniveau in Europa angezogen wurden. Diese US-amerikanischen Kredite entlasteten den deutschen Finanzmarkt bis 1928 beträchtlich. Für die Banken schuf die Rolle als Vermittler amerikanischer Kredite an Unternehmen und Kommunen ein einträgliches Geschäft. Auf diese Weise konnten sie die Schwächung ihrer Eigenkapitalbasis durch die Inflation und das vergleichsweise schwache Depositengeschäft während der 1920er Jahre kompensieren.¹¹⁴ Auch konnten so die Ausgaben der Öffentlichen Hand auf einem vergleichsweise hohen Niveau gehalten werden.¹¹⁵ Zugleich verdeckten diese Kredite aber gravierende Strukturprobleme: Deutschland gelang es während der 1920er Jahre, mit Ausnahme des durch die sog. „Zwischenkrise“ bestimmten Jahres 1926, nicht, Exportüberschüsse zu erzielen, die für einen Realtransfer der Reparationen eigentlich notwendig waren. Zugleich blieb der deutsche Export in Europa ein Politikum und es gab starke Kräfte insbesondere in Frankreich und Großbritannien, die ihn auf vielen Märkten gerne ausgeschaltet hätten.¹¹⁶

In Deutschland waren die Strukturprobleme besonders ausgeprägt und resultierten in einem sog. „Schuldenkarussell“ (Charles Kindleberger), bei dem Deutschland mit amerikanischem Geld seine Reparationen bezahlte, mit den insbesondere Frankreich und England wiederum ihre während des Weltkrieges

106 Vgl. Dokument Nr. 5.4.1.05. Winkler, Weimar 1918-1933, S. 306-309.

107 Vgl. Dokument Nr. 5.4.1.04.

108 Dokument Nr. 5.2.3.11.

109 Vgl. Dokument Nr. 5.2.3.14.

110 Vgl. Dokument Nr. 5.4.1.02 und Dokument Nr. 5.4.1.03. Ralph Blessing, Der mögliche Frieden. Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923-1929, Paderborn 2008, S. 391-422.

111 Vgl. Dokument Nr. 5.4.3.01.

112 Vgl. Dokument Nr. 5.4.3.04. Dungy, Order and Rivalry, S. 191-195.

113 Dokument Nr. 5.4.3.03.

114 Nützenadel, Zwischen Staat und Markt, S. 296-309.

115 Knortz, Wirtschaft der Weimarer Zeit, 2021, S. 234 f.

116 Als Beispiel Perchard u. a., „British Empire in metals“.

in den USA aufgenommenen Kredite bedienten – die wiederum als US-amerikanische Kredite nach Europa zurückflossen.¹¹⁷ Aufmerksamen Beobachtern war bewusst, wie prekär dieses System war, und dass es auf keinen Fall immer so weiter gehen könne. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht versuchte ab 1927 die Kreditaufnahme einzuschränken.¹¹⁸ Der Schweizer Bankier Felix Somary warnte in eindringlichen Worten vor den Folgen, sollte der amerikanische Kreditstrom einmal versiegen.¹¹⁹

Tatsächlich verlor das Schuldenkarussell bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 an Dynamik. Im Frühjahr 1928 war der Vorsitzende der New Yorker FED, Benjamin Strong, gestorben, der bis dahin als Garant eines vergleichsweise niedrigen Zinsniveaus in den USA gegolten hatte. Danach kam es zu deutlichen Leitzinserhöhungen, die es zunehmend attraktiv machten, Kapital in den USA selbst anstatt in Europa anzulegen.¹²⁰ Der amerikanische Kapitalstrom nach Europa versiegt bereits im Herbst 1928 weitgehend.¹²¹ Mehr noch: Zunehmend wurde europäisches Kapital in die USA umgeleitet, um von der dortigen Börsenhausse zu profitieren. Damit wurde die Frage des Ausgleichs des Staatshaushalts zu einer Frage von höchster politischer Brisanz. Der US-amerikanische Reparationsagent Seymour Parker Gilbert kritisierte in einer zunehmend drastischen Rhetorik die hohen Staatsausgaben.¹²²

Und noch in anderen wichtigen Bereichen zeigten sich Risse in der Fassade. Die Währungskrisen, die Mitte der 1920er Jahre unter Kontrolle schienen, brachen ab 1928 – zunächst in Polen und Ungarn – wieder aus.¹²³ Zugleich verschärften sich die Konflikte zwischen der Bank of England und der Banque de France: Letztere wollte sich der britischen Hegemonie nicht beugen und betrachtete das System des Gold-Devisenstandards als inflationsgefährdend. Seit 1928 begann die Banque de France damit, ausländische Währungen in Gold umzutauschen, womit Paris in einem Klima der ökonomischen Unsicherheit während der Großen Depression zu einem „Gold Sink“ werden sollte. Damit geriet das System des Golddevisenstandards zunehmend unter Druck.¹²⁴

Weltwirtschaftskrise

Im Jahr 1929 wurde mit den Verhandlungen zum Young-Plan der Versuch unternommen, eine langfristig tragfähige Lösung für das Reparationsproblem zu finden. Dabei war den beteiligten Akteuren durchaus bewusst, dass es angesichts der zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten in Europa dafür höchste Zeit war. Angesichts dieser Konstellation war es nahezu zwangsläufig, dass, auch wenn eine erste Einigung bereits im Juni 1929 erzielt werden konnte, die Young-Plan-Verhandlungen von aufbrechenden politischen Spannungen gekennzeichnet waren.¹²⁵ Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht begann im Herbst 1929 vehement gegen den Young-Plan zu agitieren, der seiner Ansicht nach die Probleme nicht löste und Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit überstieg.¹²⁶

117 Vgl. Dokument Nr. 5.4.2.05. Charles Kindleberger, *Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert* Bd. 4: Die Weltwirtschaftskrise, München 1973.

118 Vgl. Dokument Nr. 5.4.2.06.

119 Ebd., S. 39-43; Hesse u. a. 2014, S. 64.

120 Silvano A. Wueschner, *Charting twentieth century monetary policy. Herbert Hoover and Benjamin Strong, 1917-1927*, Westport/Conn. 1999, S. 155-162.

121 William McNeill, *American Money and the Weimar Republic: Economics and Politics on the Eve of the Great Depression*, New York 1986, S. 216-219.

122 Martin Horn, *J. P. Morgan & Co. and the Crisis of Capitalism. From the Wall Street Crash to World War II*, Cambridge 2022, S. 125 f.

123 William Allen, *Poland, the international monetary system, and the Bank of England, 1921–1939*, London 2019, S. 65-80.

124 Vgl. Dokument Nr. 5.5.1.04. Mouré, *The Gold Standard Illusion*, S. 181-191; Douglas A. Irwin, *The French Gold Sink and the Great Deflation of 1929-32*, in: *Cato Papers on Public Policy* 2 (2012), S. 1-56; H. Clark Johnson, *Gold, France, and the Great Depression 1919-1932*, New Haven 1997, S. 141-145.

125 Vgl. Dokument Nr. 5.4.4.01.

126 Christopher Kopper, *Hjalmar Schacht: Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier*, München 2006, S. 123-132.

Angesichts der verletzlichen Situation Deutschlands aufgrund der hohen externen Verschuldung war das, trotz Schachts mitunter scharf-nationalistischer Rhetorik, durchaus begründet.¹²⁷ Eine Lösung, die sich an den konkreten konjunkturellen Begebenheiten orientierte, war jedoch während der Jahre 1929 und 1930 politisch noch nicht durchsetzbar.¹²⁸ Gleichwohl war der Young-Plan als eine entgeltliche Regelung der Reparationsfrage gedacht. Das Amt des Reparationsagenten wurde abgeschafft, was in Deutschland allgemein mit Erleichterung aufgenommen wurde. An seine Stelle trat die 1930 in Basel gegründete Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die für den Reparationstransfer verantwortlich sein sollte, aber auch den Zahlungsverkehr unter den Bedingungen des Golddevisenstandard erleichtern sollte.¹²⁹ Die USA weigerten sich zu diesem Zeitpunkt jedoch immer noch, einen Zusammenhang von Reparationen und alliierten Kriegsschulden zu akzeptieren.¹³⁰

Der „Crash“ der New Yorker Wall Street vom 24. bis zum 29. Oktober 1929 löste die Weltwirtschaftskrise nicht aus, sondern machte bereits vorher vorhandene Krisensymptome manifest. In Berlin hatte es bereits im Sommer 1927 einen Börsencrash gegeben. Die Krise auf den globalen Agrarmärkten verschärfte sich während des Jahres 1929 und auch viele andere Rohstoffmärkte standen unter Druck. Das war aber erst das Vorspiel der schwersten Krise des Industriezeitalters, die sich in den folgenden Jahren entfalten sollte und ihren Höhepunkt zwischen der europäischen Bankenkrise im Frühsommer 1931 und dem Frühjahr 1932 erreichen sollte. In Deutschland waren die Auswirkungen der Krise geradezu beängstigend.¹³¹ Eine exportabhängige Wirtschaft war besonders stark von der Schrumpfung des Welthandels betroffen, die ab 1929 einsetzte. Die zumeist kurzfristig vergebenen US-amerikanischen Kredite konnten schnell abgezogen werden.¹³² Es kam zu stark steigenden Arbeitslosenzahlen, die im Winter 1931/32 offiziell die Zahl von sechs Millionen erreichten. Zugleich bildete die Arbeitslosenstatistik die weitverbreitete Kurzarbeit nicht ab und erfasste auch die Menschen nicht, die sich aus lauter Verzweiflung gar nicht mehr arbeitssuchend meldeten.¹³³ Die reinen Arbeitslosenzahlen machten das Ausmaß der Krise also nicht einmal vollständig sichtbar.

Mittlerweile gibt es – mit unterschiedlichen Schattierungen – einen vergleichsweise breiten Konsens in der Forschung, die Krise habe vorrangig monetäre Ursachen gehabt. Das bedeutet zugleich, dass die Weltwirtschaftskrise als ein deflationäres Phänomen beschrieben wird, bei der also nicht eine Inflation, sondern eher das Gegenteil das Problem war: eine sinkende Geldmenge, an die sich Preise und Löhne nur verzögert anpassten¹³⁴, sowie eine fallende Geldumlaufgeschwindigkeit. Als großes Problem erwies sich zudem der internationale Goldstandard, weil er Maßnahmen zur Geldmengenanpassung der Zentralbanken erschwerte und sie bei Gold- und Devisenabzügen dazu zwang, den Diskontsatz zu erhöhen, was Kredite im Inland verteuerte und damit die Krise verschärfte. Insbesondere Barry Eichengreen hat in seinem vielbeachteten Werk „Golden Fetters“ von 1992 die dysfunktionale Wirkung des Goldstandards in das Zentrum seiner Interpretation der Weltwirtschaftskrise gerückt.¹³⁵

Lange Zeit stand die Forschung entsprechend eher verwundert vor der verbreiteten Inflationsangst, während eine reale Gefahr inflationärer Entwicklungen scheinbar gar nicht bestand. Jedoch gab es Zusammenhänge von Inflation und Weltwirtschaftskrise, die durch den Hinweis auf ihren deflationären Charakter verdeckt werden. Die europäischen Inflationen der 1920er Jahre trugen zur Schwere der Krise bei, weil zur Währungsstabilisierung institutionelle Arrangements geschaffen worden waren, die eine Bekämpfung der

127 Vgl. Dokument Nr. 5.5.2.01.

128 Vgl. Dokument Nr. 5.4.4.02, Dokument Nr. 5.4.4.03 und Dokument Nr. 5.5.1.02.

129 Vgl. Dokument Nr. 5.4.4.04 und Dokument Nr. 5.5.3.04. Eleanor Dulles, *The Bank for International Settlements at Work*, New York 1932.

130 Vgl. Dokument Nr. 5.4.4.05 und Dokument Nr. 5.5.1.01. Monika Rosengarten, *Die Internationale Handelskammer. Wirtschaftspolitische Empfehlungen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929-1939*, Berlin 2001, S. 287-306.

131 Vgl. Dokument Nr. 5.5.2.02.

132 McNeill, *American Money*, S. 216-219, 238-245.

133 Hesse u. a. 2014, S. 55 f.

134 Vgl. Dokument Nr. 5.5.1.03.

135 Eichengreen, *Golden Fetters*.

Krise erschwerten. Die historischen Akteure unterlagen also nicht einfach einem „falschen“ Denken, sondern zogen nachvollziehbare Schlüsse aus gemachten Erfahrungen, die aber zur Lösung der Krise wenig beitrugen.¹³⁶

Die längerfristige Wirkung der Inflation bestand u. a. in der Schwächung der Eigenkapitalbasis der Banken, die sich in Deutschland während der 1920er Jahre nur unzureichend hatte erholen können. Viele Banken hatten sich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre auf die Vermittlung US-amerikanischer Kredite konzentriert und litten jetzt darunter, dass diese nach Ausbruch der Krise schnell abgezogen werden konnten. Besonders in der Bankenkrise im Juli 1931 sollte sich zeigen, wie verwundbar das deutsche Bankensystem war.[8] Zudem hatte die Inflation dazu geführt, dass es nicht in ausreichendem Maße „automatische Stabilisatoren“ gab, welche die Wirkung der Krise hätte abschwächen können. Gemeint sind damit insbesondere Sparguthaben und andere Reserven, auf die die Menschen zurückgreifen konnten, wenn Arbeitseinkommen ausfielen.

Doch insbesondere die institutionellen Arrangements, die als Reaktion auf die Inflationserfahrung geschaffen worden waren, erwiesen sich in der Krise als problematisch. Das betraf zunächst die oben beschriebene starke Rolle der Zentralbanken und die verschiedenen Gesetze, welche Regierungen an einer Manipulation der Währung hindern sollten. Zentralbankpräsidenten waren oftmals allein von ihrem Selbstverständnis her an währungspolitischen Experimenten nicht interessiert.¹³⁷ Tatsächlich hatten die meisten von ihnen während der 1920er Jahre ein orthodoxes Selbstverständnis entwickelt. Länder wie Frankreich oder Belgien hatten ihre Währung zunehmend auf eine beinahe vollständige Golddeckung umgestellt, weil sie die Währungsdeckung über Devisen als potentiell inflationsfördernd betrachteten.¹³⁸

Nicht zuletzt ließen die während der Inflation gemachten Erfahrungen die politischen Akteure vor einer Manipulation der Geldmenge zurückschrecken. Die speziell für Deutschland gut dokumentierte Inflationsangst war in Wahrheit ein europäisches Phänomen und es gab, wie besonders Tobias Straumann gezeigt hat, zumindest in Europa keine Beispiele für eine alternative Politik. Selbst das Vorgehen der schwedischen Riksbank, das lange Zeit als exemplarisch für eine mutige, die Deflation bekämpfende Politik gesehen wurde, gilt heute eher als unbeabsichtigte Folge einer orthodoxen Finanzpolitik.¹³⁹ Stattdessen wünschte man sich die Welt finanzpolitischer Stabilität vor dem Ersten Weltkrieg zurück, und neue Lösungsansätze galten tendenziell als inflationär.¹⁴⁰

Doch auch wenn monetäre Faktoren eine entscheidende Rolle für die Schwere und globale Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise spielten, so kamen andere Faktoren hinzu, auf die insbesondere die ältere Forschung zur Weltwirtschaftskrise besonderes Augenmerk gerichtet hat. So rückten immer mehr Länder von den insbesondere seit der Genfer Weltwirtschaftskonferenz 1927 unternommenen Initiativen zur Handelsliberalisierung sukzessive ab. Die Vereinigten Staaten setzten im Juni 1930 mit dem lange vorbereiteten Smoot-Hawley-Tarif ein fatales Signal, als sie die Agrarzölle drastisch erhöhten, worauf viele Länder, teilweise bereits im Vorgriff auf diese Maßnahme, ebenfalls mit Zollerhöhungen antworteten.¹⁴¹ Im Laufe der Weltwirtschaftskrise schotteten sich die Länder immer mehr ab, statt gemeinsam einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Erst die sich zunehmend verschärfende wirtschaftliche Lage während des Frühsommers 1931 schuf die Voraussetzungen dafür, politische Widerstände gegen diese Politik zu überwinden. Unbeholfen war jedoch eher der Vorstoß einer Deutsch-Österreichischen Zollunion, mit dem die Außenminister beider Länder im März 1931 an die Öffentlichkeit traten.¹⁴² Das Projekt provozierte scharfe Reaktionen, insbesondere

136 Tobias Straumann, Rule rather than exception. Brüning's fear of devaluation in comparative perspective, in: *Journal of Contemporary History*, 44/4 (2009), 603–617; Köster, *Krise als Erfahrungsraum*, S. 278–281.

137 Tobias Straumann, *Fixed Ideas of Money. Small States and Exchange Rate Regimes in Twentieth-Century Europe*, Cambridge, New York 2010, S. 94 f.

138 Judith L. Kooker, *French Financial Diplomacy. The Interwar Years*, in: Benjamin M. Rowland (Hg.) *Balance of Power or Hegemony. The Interwar Monetary System*, New York 1976, 83–145.

139 Köster, *Krise als Erfahrungsraum*, S. 268.

140 Straumann, *Fixed Ideas of Money*, S. 94 f.

141 Vgl. Dokument Nr. 5.4.3.05. Kris James Mitchener, Kevin Hjortshøj O'Rourke, Kirsten Wandschneider, *The Smoot Hawley Trade War*, in: *The Economic Journal* 132 (2022), S.2500–2533; Douglas A. Irwin, *Trade policy disaster. Lessons from the 1930s*, Cambridge/Mass. 2012, S. 1–48.

142 Vgl. Dokument Nr. 5.5.1.05 und Dokument Nr. 5.5.2.07.

von Seiten Frankreichs und der Tschechoslowakei, die darin ein nur notdürftig verschleiertes Projekt zur Revision des außenpolitischen Status quo in Osteuropa erblickten.¹⁴³ Jedoch hatte das Projekt einen handelspolitischen Hintergrund, der ihm trotz allem eine gewisse Legitimität gab: Denn das Prinzip der Unbedingten Meistbegünstigung, das in den 1920er Jahren vor allem als Mittel gegen handelspolitische Diskriminierung fungierte, hatte Initiativen zu einer bilateralen Handelsliberalisierung – in dem beispielsweise zwei Länder unter einander niedrigere Zölle vereinbarten – oftmals verhindert. Als Ausweg blieb dann nur noch die Zollunion, wobei zu Beginn der 1930er Jahre zahlreiche Zollunions-Projekte insbesondere in Osteuropa diskutiert wurden.¹⁴⁴

Die deutsch-österreichische Initiative war jedoch nicht nur politisch ungeschickt, sondern wurde bald von den Ereignissen überrollt. Der Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt im 11. Mai 1931 bildete den Auftakt einer schweren Finanzkrise. Während noch Hilfsmaßnahmen für Österreich diskutiert wurden, wobei die Franzosen Hilfen vom Aufgabe des Zollunion-Projekts abhängig machten, hatten die deutsche und die englische Zentralbank mit hohen Gold- und Devisenabzügen zu kämpfen.¹⁴⁵ Diese sich auftürmenden finanziellen Schwierigkeiten bewogen den amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover am 20. Juni 1931 dazu, mit einem Moratorium die Reparationszahlungen sowie den interalliierten Schuldendienst für ein Jahr auszusetzen.¹⁴⁶ Doch wurde die Wirkung dieser Initiative vor allem durch die französische Skepsis abgeschwächt, die das Moratorium erst nach längeren Verhandlungen schließlich akzeptierten.¹⁴⁷

Der Brandbeschleuniger war schließlich die Bankenkrise, die am 13. Juli mit dem Zusammenbruch der Danat-Bank ausbrach. Damit brach der europäische Kapitalmarkt de facto zusammen. Hektische Rettungsaktivitäten mündeten in mehreren Bankenfeiertagen und einer Teilverstaatlichung der Dresdner Bank. Schließlich wurde ab Juli in Deutschland und Österreich die Devisenbewirtschaftung eingeführt.¹⁴⁸ Anschließend wurde nach mühsames Verhalten ein mehrfach verlängertes Stillhalteabkommen ausgehandelt, in dem sich die Privatgläubiger Deutschlands dazu verpflichteten, ihre Darlehen nicht aus Deutschland abzuziehen.¹⁴⁹

In dem Augenblick, wo der Kapitalverkehr immer stärker durch Devisenkontrollen eingeschränkt wurde, geriet der Kapitalmarkt in den Fokus verunsicherter Anleger, wo Devisen und Wertpapiere noch frei gehandelt werden konnten.¹⁵⁰ Die Gold- und Devisenposition der Bank of England war bereits seit längerem prekär, insbesondere weil Frankreich angefangen hatte, Gold zu horten – was wiederum eine Reaktion darauf war, dass die Banque de France dem Golddevisenstandard misstraute. Nach fortgesetzten Gold- und Devisenabflüssen seit dem Mai 1931 war die Bank of England vielleicht nicht im strengen Sinne gezwungen gewesen, den Goldstandard zu verlassen. Es war jedoch absehbar, dass auf kurz oder lang die Goldeinlösepflicht des Pfundes Sterling nicht gewährleistet werden konnte.¹⁵¹ Nachdem diese Maßnahme am 20./21.9. durchgeführt worden war, verlor das Pfund bis Dezember etwa ein Drittel seines Wertes, bevor der Kurs stabilisiert wurde.¹⁵² Eine große Zahl von Ländern folgte den Briten im Herbst 1931 in dieser Maßnahme, lösten ihre Währungen vom Goldstandard und koppelten sie an das Pfund Sterling an.

143 Anne Orde, The Origins of the German-Austrian Customs-Union Affair of 1931, in: *Central European History*, 13,1 (1980), S. 34-59.

144 Vgl. F. G. Stambrook: A British Proposal for the Danubian States: The Customs Union Project of 1932, in: *The Slavonic and East European Review* 42 (1963), S. 64-88.

145 Vgl. Dokument Nr. 5.5.2.05. Iago Gil Aguado: The Creditanstalt Crisis of 1931 and the Failure of the Austro-German Customs Union Project, in: *The Historical Journal* 44 (2001), S. 199-221.

146 Vgl. Dokument Nr. 5.5.2.03. Philipp Heyde: Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929-1932, Paderborn 1998, S. 188-224.

147 Vgl. Dokument Nr. 5.5.2.06, Dokument Nr. 5.5.2.09, Dokument Nr. 5.5.3.05 und Dokument Nr. 5.5.3.07. Simon Banholzer, Tobias Straumann, Why the French Said „Non“: A New Perspective on the Hoover Moratorium of June 1931, in: *Journal of Contemporary History* 56,4 (2021), S. 1040-1060.

148 Vgl. Dokument Nr. 5.5.2.08.

149 Vgl. Dokument Nr. 5.5.3.06. Susanne Wegerhoff, Die Stillhalteabkommen 1931-33. Internationale Versuche zur Privatschuldenregelung unter den Bedingungen des Reparations- und Kriegsschuldensystems, München 1982.

150 Albrecht Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur. Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002.

151 Diane B. Kunz, The Battle for Britain's Gold Standard, London 1987.

152 Vgl. Dokument Nr. 5.5.3.01.

Für die Briten bedeutete das eine Erleichterung und vergrößerte ihre wirtschaftspolitischen Spielräume. Zugleich war der Prestigeverlust jedoch genauso groß wie die Angst vor einer inflationären Entwicklung, gegen die aus Sicht vieler Zeitgenossen nun keine wirksamen institutionellen Barrieren mehr vorhanden waren.¹⁵³ Das gab Anlass dazu, dass die britische Regierung in der Folgezeit eine orthodoxe Finanzpolitik des Haushaltsausgleichs betrieb, nicht zuletzt, um Befürchtungen vor einer britischen Inflation zu begegnen. Und auch die Länder, die seit 1932 den sog. „Pfundblock“ bilden sollten, nutzten kaum eventuell vorhandene Spielräume für eine kontrazyklische Wirtschaftspolitik.¹⁵⁴

Das britische Abgehen vom Goldstandard stellte einen entscheidenden Wendepunkt in der globalen wirtschaftlichen Entwicklung der Zwischenkriegszeit dar: Zunächst bedeutete es große Probleme für Deutschland, denn durch den nachfolgenden Wertverlust des Pfundes um etwa ein Drittel verschlechterten sich die deutschen *Terms of Trade* drastisch und ließ die in Deutschland unter Reichskanzler Heinrich Brüning verfolgte Austeritätspolitik scheitern. Der Außenhandel, der bis dahin die Wirtschaftslage noch einigermaßen stabilisiert hatte, sank anschließend dramatisch ab.¹⁵⁵

Die Lösung des Pfundes vom Gold hatte aber noch dramatischere Auswirkungen: Danach zerfiel die Welt in verschiedene Handels- und Währungsblöcke. Ein freier Zahlungsverkehr konnte nur mühsam und zumeist lediglich auf bilateraler Basis wiederhergestellt werden. Die Verquickung politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Probleme hatte damit einen aus wirtschaftshistorischer Perspektive unrühmlichen Höhepunkt erreicht. Zugleich wurde mit dem Übergang zu bilateralen Handels- und Finanzbeziehungen die finale Regelung der finanziellen Kriegsfolgen unausweichlich. Das war schon deswegen der Fall, weil sich die Gläubiger einen Bankrott ihrer Schuldner infolge der Weltwirtschaftskrise kaum noch leisten konnten.¹⁵⁶ Im Juni 1932 wurden die Reparationen auf der Konferenz von Lausanne auf 3 Mrd. Goldmark reduziert. Das Jahr 1933 sah mit verschiedenen Moratorien das Abschütteln der Kriegsschulden. Die Weltwirtschaft war in eine neue Phase eingetreten.¹⁵⁷

Gliederung des Editionsbandes

Die Gliederung des Quellenbandes stellt es sich zur Aufgabe, einen Rahmen zu bilden, in dem die Verquickung politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Probleme adäquat durch die edierten Quellen dokumentiert werden kann.

Der erste Teil „Wirtschaftsordnung nach dem Weltkrieg“ veranschaulicht, welche Pläne und Erwartungen in Bezug auf die internationale wirtschaftliche Nachkriegsordnung in den kriegführenden Ländern während des Krieges und nach dem Waffenstillstand herrschten. Der zweite Abschnitt „Versailles und die Folgen“ (1919-1922) behandelt die tatsächliche Regelung der Kriegsfolgen und die noch stark von politischen Konflikten überschatteten Versuche des deutschen Staates und von Unternehmen, durch den Krieg verlorengegangene Märkte zurückzugewinnen.

Die Rekonstruktion des europäischen Wirtschaftsraums, die im Rahmen des dritten Abschnittes dokumentiert werden soll, begann dann im Jahr 1922 mit der Stabilisierung der österreichischen Währung. Angesichts sich zunehmend verschärfender Inflationsprobleme in Europa war das die erste kooperative Initiative des Völkerbundes sowie der großen Zentralbanken, um eine wichtige europäische Währung zu stabilisieren. Damit wurde zugleich ein Muster geschaffen, an dem sich die folgenden Stabilisierungsinitiativen orientieren konnten, wobei sich die Stabilisierung der Mark 1923/24 im Rahmen des Dawes-Plans mit der Stabilisierungsanleihe, der Unabhängigkeit der Zentralbank sowie der Schaffung der Institution des Reparationsagenten eindeutig am österreichischen Vorbild orientierte. Damit ging zugleich eine relative

153 Vgl. Dokument Nr. 5.5.3.02 und Dokument Nr. 5.5.3.03. S. dazu ausführlich Köster, *Krise als Erfahrungsraum*, S. 279-281.

154 Ebd., S. 282.

155 Vgl. Dokument Nr. 5.5.2.04.

156 Vgl. Neil Forbes, *Doing Business with the Nazis. Britain's Economic and Financial Relations with Germany, 1931-1939*, London 2000, S. 53 f.

157 Vgl. Dokument Nr. 5.5.3.08.

„Befriedung“ der politischen Verhältnisse einher, die in den Locarno-Verträgen 1925 einen sichtbaren Höhepunkt erlebte.

Die im vierten Abschnitt dokumentierte Phase der relativen Normalisierung 1925-1929 war dann einerseits durch Versuche der Handelsliberalisierung gekennzeichnet. Im Rahmen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz wurde die Absicht zur Handelsliberalisierung dokumentiert, für die darüber hinaus internationale Organisationen wie die Internationale Handelskammer ausdauernd warben. Andererseits konnte Deutschland, aufbauend auf einer nun stabilen, rasch Vertrauen zurückgewinnenden Währung, nicht nur verlorengegangene Marktpositionen teilweise zurückerobern, sondern konnte auch wieder in größerem Ausmaß auf den internationalen Kapitalmärkten agieren. Die enormen Summen, die sich insbesondere Unternehmen und Kommunen bis 1928 in den USA liehen, sollten sich während der Weltwirtschaftskrise zwar als Bumerang erweisen. Sie verbesserten die Wirtschaftslage temporär aber beträchtlich und ermöglichten nicht zuletzt viele der Rationalisierungsinvestitionen, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den internationalen Märkten verbesserten. Zugleich stellten insbesondere internationale Kartelle, mit dem prominentesten Beispiel der 1926 gebildeten Internationalen Rohstahlgemeinschaft, eine wichtige Strategie multilateraler Kooperation dar. Mit dem Young-Plan wurde schließlich am Vorabend der Weltwirtschaftskrise versucht, eine endgültige Lösung der Reparationsproblematik zu erreichen.

Mit dem Auftakt der Weltwirtschaftskrise (5. Abschnitt) wurden diese Bemühungen zunichte gemacht. Überall in Europa und auf der Welt gingen die Zollschränken hoch. Die große Finanzkrise im Frühsommer 1931 führte dann zu einer ökonomischen Desintegration, die im Grunde erst nach dem Zweiten Weltkrieg dauerhaft überwunden werden konnte. Im Rahmen dieser Entwicklung stellte Englands Abgang vom Goldstandard einen entscheidenden Wendepunkt dar, wonach der Rückkehr zu einer liberal verfassten Weltwirtschaft erst einmal vom Tisch war. Damit endet der hier vorgelegte Quellenband.